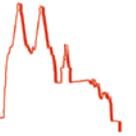




**CDU** REGIONALRAT  
KÖLN



# Bilanzbericht

CDU-Fraktion im Regionalrat Köln

2014-2019

- 3 Vorwort Stefan Götz
- 4 Vorwort Rainer Deppe
- 5 Fraktion
- 6 Besetzung der Kommissionen
- 7 Statistik
- 8 Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln
- 9 Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe
- 10 Braunkohle: Ein Bericht von Landrat Michael Kreuzberg zum Kohlekompromiss
- 12 Verkehrspolitik: Ein Rückblick von Paul Hebbel
- 14 Agglomerationskonzept
- 15 Landesentwicklungsplan
- 16 Impressum



Stefan Götz  
Fraktionsvorsitzender

## Liebe Leserinnen und Leser,

die Amtszeit des aktuellen Regionalrates neigt sich langsam ihrem Ende entgegen. Im Herbst 2020 werden die Kommunalparlamente neu gewählt und danach wird auch ein neuer Regionalrat gewählt. In der zurückliegenden Wahlperiode haben wir für die Bevölkerung im Regierungsbezirk Köln, in unserer Region wichtige Entscheidungen getroffen und auch bewegte Zeiten erlebt.

Unser Regierungsbezirk zählt zu den bevölkerungsreichsten und am dichtesten besiedelten Regionen in der Bundesrepublik. Er zeichnet sich durch eine starke Entwicklung und verschiedenste räumliche Strukturen aus. Wir haben in dieser Wahlperiode mit der Überarbeitung des Regionalplans begonnen. Ab Anfang 2020 wird die Bezirksregierung einen ersten Vorschlag auf den Tisch legen und der Regionalrat wird dann zu entscheiden haben, dass dieser Vorschlag in die vertiefte Umweltprüfung geht. Der Regierungsbezirk Köln ‚wächst‘, und das ist gut so. Aber gleichzeitig muss auch ein vernünftiger Ausgleich zwischen Wachstum einerseits und der Bewahrung der Schöpfung andererseits gefunden werden. Im Regionalplan werden Freiraum- und Siedlungsentwicklung sowie Verkehrsinfrastruktur abgebildet sein, aber auch Themen wie Kaltluftentstehungsgebiete, Frischluftschneisen und Flächen für Natur und Landwirtschaft müssen eine Rolle spielen. .

Ein Teil unserer Region, das Rheinische Revier mit seinem anstehenden Strukturwandel steht vor der größten Herausforderung seit dem Wiederaufbau nach dem 2. Weltkrieg. Am 6. Juni 2018 hat die Bundesregierung die Einsetzung der sogenannten „Kohlekommission“ beschlossen. Bis spätestens 2038 sollen nun als Resultat alle Kohlekraftwerke in Deutschland vom Netz gehen. Wir müssen in diesem Kontext jetzt ganz besonders die 93.000 Beschäftigten aus der stromintensiven Industrie in den Blick nehmen, um ihre Existenzen im Zuge des Kohle-Ausstiegs nicht zu gefährden. Die Bezirksregierungen Köln und Düsseldorf, die Regionalräte Köln und

Düsseldorf, sowie der Braunkohleausschuss sind bereit, ihren Beitrag zu einem erfolgreichen Strukturwandel in der Region auch in der kommenden Wahlperiode zu leisten.

Schließlich möchte ich noch auf das Thema Verkehr eingehen, wo wir mit der Umsetzung von Großprojekten im Regierungsbezirk auf einem vernünftigen Weg sind. Die CDU-Fraktion im Regionalrat hat diese immer wieder forciert. Der Ausbau des Bahnknotens Köln ist eine dieser Maßnahmen. Am 11. Februar 2019 unterzeichneten NRW-Verkehrsminister Hendrik Wüst, DB-Infrastrukturvorstand, Ronald Pofalla, NVR-Verbandsvorsteher Stephan Santelmann sowie NVR-Geschäftsführer Dr. Norbert Reinkober während der 3. Kölner Bahnknoten-Konferenz Planungsvereinbarungen für Projekte des Bahnknotens im Wert von 100 Millionen Euro. Der Ausbau der S 11 und des Kölner Hauptbahnhofs sollen dadurch beispielsweise weiter vorangetrieben werden. Ende 2016 hat die Bezirksregierung Köln weiterhin den Planfeststellungsbeschluss für den Neubau der Leverkusener Rheinbrücke erlassen. Nach heutigem Stand sollen der erste Bauabschnitt der neuen Brücke im Jahr 2021 und der zweite Teil 2025 fertiggestellt werden. Aber auch die Planung für die Rheinspange A 553 sowie eine neue Rheinquerung für den Schienenverkehr ist ein wesentliches Verkehrsprojekt für die Region

Abschließend möchte ich mich bei allen bedanken, die zu den positiven Ergebnissen der bisherigen Wahlperiode beigetragen haben: Die Mitglieder des Regionalrates und des Braunkohleausschusses sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bezirksregierung.

Ihr  
Stefan Götz  
Fraktionsvorsitzender



Rainer Deppe MdL  
Vorsitzender des Regionalrates Köln

## Liebe Leserinnen und Leser,

meinen letzten Bilanzbericht hatte ich mit dem Bekenntnis geschlossen, das Rheinland solle die am dynamischsten wachsende Region Nordrhein-Westfalens bleiben. Wohlwissend, dass der Regionalrat nur einer von unzähligen Akteuren ist, so können wir – alle Rheinländer in den Kommunen, in der Wirtschaft, in der Wissenschaft gemeinsam - mit Fug und Recht stolz sein, dass unser Regierungsbezirk zu den am stärksten wachsenden Regionen gehört.

Die jüngste Bevölkerungsprognose von IT.NRW aus diesem Sommer weist für 2040 4,74 Mio. Einwohner für den Regierungsbezirk Köln aus. Das sind 284.000 Menschen mehr als heute.

Dass wir zur Aufnahme der Menschen mehr Siedlungsfläche und mehr Verkehrswege brauchen, dürfte einleuchten. Gleichzeitig verlangt der Klimawandel Raum für den Schutz vor Hochwasser oder zur Versorgung mit frischer Luft. Wir brauchen aber auch Flächen für Wälder, für die Erzeugung von Lebensmitteln, für den Biotopverbund und natürlich auch für Arbeitsplätze sowie für die Gewinnung von heimischer Energie. Wir haben alle gemeinsam das Ziel, den Strukturwandel im Rheinischen Revier ohne Strukturbrüche zu meistern.

Bei nicht vermehrbare Fläche kann die Lösung nur in ihrer intelligenten und multifunktionalen Nutzung liegen. Flächen müssen in Zukunft nicht nur einem einzigen sondern einem mehrfachen Nutzen dienen; z.B. Gebäude dem Wohnen oder Arbeiten und der Energiegewinnung (z.B. durch Photovoltaik- oder Mikrowindkraftanlagen) oder dem Grünausgleich (z.B. durch Dach- und Fassadenbegrünung). Und können wir es uns wirklich leisten,

Flächen ausschließlich für das zeitweise Abstellen von Fahrzeugen zu nutzen?

Wachstumsphasen bieten immer mehr Möglichkeiten zum Gestalten als Schrumpfungsprozesse. Ich lade Sie herzlich ein, an dieser Gestaltung unseres Regierungsbezirks aktiv mitzuarbeiten. Dabei bleibt unser eingangs genanntes Oberziel von der dynamischsten Region in Nordrhein-Westfalen auch für die Zukunft unsere Richtschnur, aber dabei die weiteren Ansprüche an den Raum nicht vernachlässigen.

Rainer Deppe MdL  
Vorsitzender des Regionalrates Köln



Stefan Götz  
Fraktionsvorsitzender und Vorsitzender des Braunkohleausschusses, Stadt Köln



Rainer Deppe, MdL  
Regionalratsvorsitzender, Rheinisch-Bergischer-Kreis



Brigitte Donie  
Stv. Fraktionsvorsitzende, Rhein-Sieg-Kreis



Franz-Michael Jansen  
Stv. Fraktionsvorsitzender und Stv. Vorsitzender und Sprecher der Fraktion in der Kommission für Regionalplanung und Strukturfragen, Kreis Heinsberg



Ronald Borning  
Sprecher der Fraktion in der Unterkommission Ville-Eifel, Städteregion Aachen



Teresa De Bellis-Olinger  
Stadt Köln



Hans-Willi Dohmen  
Vorsitzender der Unterkommission Ville-Eifel, Kreis Düren



Gerd Fabian  
Rhein-Erft-Kreis



Norbert Finkeldei  
Stadt Aachen



Paul Hebbel  
Vorsitzender der Verkehrskommission, Stadt Leverkusen



Dr. Hanno Kehren  
Kreis Heinsberg



Marcus Kitz  
Rhein-Sieg-Kreis



Bert-Justus Moll  
Stadt Bonn



Carla Neisse-Hommelsheim  
Rhein-Erft-Kreis



Birgitta Nesseler-Komp  
Stadt Köln



Michael Stefer  
Sprecher der Fraktion in der Unterkommission Rhein-Berg, Oberbergischer Kreis



Günter Weber  
Sprecher der Fraktion in der Arbeitsgemeinschaft der Regionalräte Düsseldorf und Köln zur Beratung der Regionalräte in Fragen des Strukturwandels im Rheinischen Revier, Kreis Euskirchen

## Geschäftsstelle



Benjamin Schmidt  
Fraktionsgeschäftsführer



Alexander Born  
Fraktionsassistent

**CDU-Fraktion im Regionalrat Köln**  
Zeughausstraße 2-10  
50667 Köln

Telefon: 0221 / 139 54 46  
Telefax: 0221 / 139 54 51

E-Mail: [info@cdu-regionalrat-koeln.de](mailto:info@cdu-regionalrat-koeln.de)

**KOMMISSION FÜR REGIONALPLANUNG UND STRUKTURFRAGEN (KRS)**

Ronald Borning, stimmberechtigtes Mitglied  
 Gerhard Clemens, stimmberechtigtes Mitglied  
 Rainer Deppe, MdL, stimmberechtigtes Mitglied  
 Brigitte Donie, stimmberechtigtes Mitglied  
 Norbert Finkeldei, stimmberechtigtes Mitglied  
 Stefan Götz, stimmberechtigtes Mitglied  
 Paul Hebbel, stimmberechtigtes Mitglied  
 Franz-Michael Jansen, stimmberechtigtes Mitglied  
 Wolfgang Maiwaldt, stimmberechtigtes Mitglied  
 Carla Neisse-Hommelsheim, stimmberechtigtes Mitglied  
 Günter Weber, stimmberechtigtes Mitglied  
 Jörg Hamel, beratendes Mitglied  
 Cornelia Lindemann-Berk, beratendes Mitglied  
 Carsten Mannheims, beratendes Mitglied  
 Uwe Pakendorf, beratendes Mitglied  
 Hanns-Christian Wagner, beratendes Mitglied

**DIE VERKEHRSKOMMISSION (VK)**

Ronald Borning, stimmberechtigtes Mitglied  
 Rainer Deppe, MdL, stimmberechtigtes Mitglied  
 Hans-Willi Dohmen, stimmberechtigtes Mitglied  
 Gerd Fabian, stimmberechtigtes Mitglied  
 Paul Hebbel, stimmberechtigtes Mitglied  
 Dr. Hanno Kehren, stimmberechtigtes Mitglied  
 Marcus Kitz, stimmberechtigtes Mitglied  
 Karsten Möring, MdB, stimmberechtigtes Mitglied  
 Henriette Reinsberg, stimmberechtigtes Mitglied  
 Michael Stefer, stimmberechtigtes Mitglied  
 Günter Weber, stimmberechtigtes Mitglied  
 Benedikt Hauser, beratendes Mitglied  
 Oliver Krauß, MdL, beratendes Mitglied  
 Albrecht Omankowsky, beratendes Mitglied  
 Hans Schnäpp, beratendes Mitglied  
 Josef Thelen, beratendes Mitglied

**UNTERKOMMISSION VILLE-EIFEL (UK VE)**

Ronald Borning, stimmberechtigtes Mitglied  
 Hans-Willi Dohmen, stimmberechtigtes Mitglied  
 Brigitte Donie, stimmberechtigtes Mitglied  
 Gerd Fabian, stimmberechtigtes Mitglied  
 Axel Wirtz, stimmberechtigtes Mitglied  
 Franz-Michael Jansen, stimmberechtigtes Mitglied  
 Dr. Hanno Kehren, stimmberechtigtes Mitglied  
 Günter Weber, stimmberechtigtes Mitglied  
 Jürgen Wehlus, stimmberechtigtes Mitglied  
 Gerhard Clemens, beratendes Mitglied  
 Christoph Fievet, beratendes Mitglied  
 Erwin Jakobs, beratendes Mitglied  
 Josef Thelen, beratendes Mitglied

**UNTERKOMMISSION RHEIN-BERG (UK RB)**

Teresa De Bellis-Olinger, stimmberechtigtes Mitglied  
 Rainer Deppe, MdL, stimmberechtigtes Mitglied  
 Christian Buchen, stimmberechtigtes Mitglied  
 Franz Gasper, stimmberechtigtes Mitglied  
 Benedikt Hauser, stimmberechtigtes Mitglied  
 Marcus Kitz, stimmberechtigtes Mitglied  
 Brigitta Nessler-Komp, stimmberechtigtes Mitglied  
 Albrecht Omankowsky, stimmberechtigtes Mitglied  
 Michael Stefer, stimmberechtigtes Mitglied  
 Martin Bosbach, beratendes Mitglied  
 Hans-Peter Höfel, beratendes Mitglied  
 Karsten Möring, MdB, beratendes Mitglied

**GEMEINSAME ARBEITSGEMEINSCHAFT DER REGIONALRÄTE DÜSSELDORF UND KÖLN ZUR BERATUNG DER REGIONALRÄTE IN FRAGEN DES STRUKTURWANDELS IM RHEINISCHEN REVIER**

Ronald Borning, stimmberechtigtes Mitglied  
 Gerhard Clemens, stimmberechtigtes Mitglied  
 Hans-Willi Dohmen, stimmberechtigtes Mitglied  
 Franz-Michael Jansen, stimmberechtigtes Mitglied  
 Dr. Hanno Kehren, stimmberechtigtes Mitglied  
 Carla Neisse-Hommelsheim, stimmberechtigtes Mitglied  
 Günter Weber, stimmberechtigtes Mitglied

**BRAUNKOHLENAUSSCHUSS**

Alexander Bex, stimmberechtigtes Mitglied  
 Ronald Borning, stimmberechtigtes Mitglied  
 Hans-Josef Engels, stimmberechtigtes Mitglied  
 Peter Feron, stimmberechtigtes Mitglied  
 Stefan Götz, stimmberechtigtes Mitglied  
 Andreas Heller, stimmberechtigtes Mitglied  
 Hildegard Helmes, stimmberechtigtes Mitglied  
 Carsten Mannheims, stimmberechtigtes Mitglied  
 Franz Maibaum, stimmberechtigtes Mitglied  
 Hans-Hugo Papen, stimmberechtigtes Mitglied  
 Karl Schavier, stimmberechtigtes Mitglied  
 Harald Zillikens, stimmberechtigtes Mitglied

18  
mal  
Regionalratsreport

24  
Fraktionssitzungen

23  
Regionalratssitzungen  
+ 1 gemeinsame  
Sitzung mit dem  
Regionalrat Düsseldorf

**Fraktionsklausurtagungen:**

21.-22. November 2014: Königswinter  
 08.-09. Mai 2015: Hannover  
 12.-13. Februar 2016: Köln  
 17.-18. Juni 2016: Rotterdam  
 07.-08. September 2018: Bielefeld  
 30. August 2019: Köln  
 13.-14. September 2019: Bremen

## Neuaufstellung des Regionalplans für den Regierungsbezirk Köln

Unser Regierungsbezirk zählt zu den bevölkerungsreichsten und am dichtesten besiedelten Regionen Deutschlands. Er zeichnet sich durch eine starke Entwicklungsdynamik und sehr verschiedenartige räumliche Strukturen aus. Dies führt zu vielfältigen, teils konkurrierenden Ansprüchen an die Nutzung des Raumes. Mit der Überarbeitung des Regionalplans stehen wir als Regionalplanungsbehörde gemeinsam mit dem Regionalrat vor der Herausforderung, die unterschiedlichen planerischen Optionen zu einem nachhaltigen Konzept für die künftige Entwicklung unserer Region zusammenzuführen. Hierzu müssen unterschiedliche Anforderungen, z.B. die Erfordernisse der Wohn- und Wirtschaftsentwicklung, der Ausbau von Infrastruktur, der Schutz von Natur- und Landschaft, die Sicherung der natürlichen Ressourcen oder die Anpassung an veränderte klimatische Bedingungen, in eine möglichst ausbalancierte und zukunftsfähige planerische Perspektive gebracht werden.

Dem förmlichen Regionalplanverfahren wurde zunächst eine infor-

melle Phase vorgeschaltet, um die notwendigen Grundlagen für einen neuen Regionalplan zusammenzutragen. Hier ging es insbesondere darum, die spezifischen Ausgangsbedingungen in den Teilräumen und die vielfältigen Nutzungsinteressen in unserer Planungsregion vollständig zu erfassen. Besonderer Wert wurde dabei darauf gelegt, mit den relevanten Akteuren, insbesondere den 99 Kommunen der Region, in einen kontinuierlichen Austausch zu treten. Dies auch, um von Beginn an ein hohes Maß an Transparenz herzustellen. Wesentliche Elemente der informellen Phase bildeten neben zahlreichen fachlichen Beiträgen und Konzepten die „Region Plus“-Prozesse. Auf Basis eines intensiven Dialogs mit der Region wurden hier geeignete Bereiche für die künftige Wohn- und Wirtschaftsentwicklung (regionale Verteilung) identifiziert und nach einem abgestimmten Maßstab bewertet.

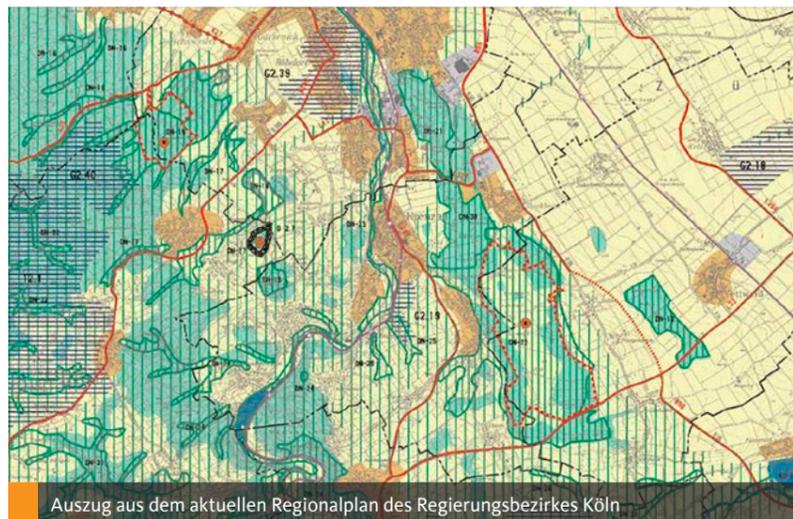
Als Ergebnis des informellen Prozesses werden wir mit dem Regionalrat ab Anfang 2020 ein erstes Plankonzept für den neuen Regionalplan abstimmen. Dieses wird wesentliche

Inhalte der zeichnerischen Darstellung und der textlichen Regelungen zu den Themen Freiraum- und Siedlungsentwicklung und Verkehrsinfrastruktur beinhalten. Das Konzept bildet die Basis für Planentwurf und Umweltbericht, die -nach Erarbeitungsbeschluss des Regionalrates- Gegenstand des formellen Verfahrens mit den rechtlich vorgesehenen Beteiligungsmöglichkeiten sein werden.

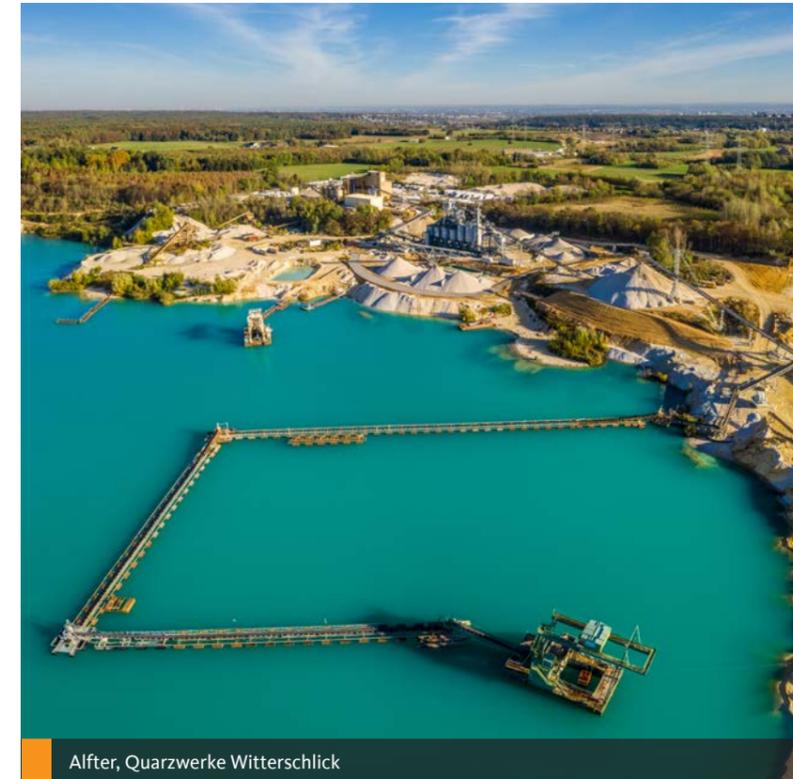
Auf dem weiteren Weg zu einem neuen Regionalplan möchten wir die bewährte enge Abstimmung mit den Mitgliedern des Regionalrats fortsetzen. Wir streben weiterhin an, einen möglichst transparenten Prozess zu gestalten, um eine möglichst breite Akzeptanz für den neuen Regionalplan zu erreichen.



Marco Schlaeger, ORBR  
Dezernat 32 Bezirksregierung Köln



Auszug aus dem aktuellen Regionalplan des Regierungsbezirkes Köln



Alfter, Quarzwerke Witterschlick

## Sachstandsbericht zum Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine)

Der Regierungsbezirk Köln zählt zu den rohstoffreichsten Regionen Deutschlands. Über Jahrmillionen hinweg hat der Rhein Kiese und Sande großflächig abgelagert. Von diesem Rohstoffreichtum profitiert unsere Gesellschaft und Wirtschaft bis heute. Im Vergleich zu den anderen Planungsregionen NRW werden im Regierungsbezirk Köln nicht nur am meisten Kiese gefördert, sondern auch besonders hochwertige. So unablässig die kontinuierliche Gewinnung von Rohstoffen für unser tägliches Leben, Arbeiten und unsere Mobilität ist, so unerlässlich ist eine räumliche Steuerung des Abtragungsgeschehens – vor allem in unserem dicht besiedelten Regierungsbezirk.

Der Regionalplan übernimmt in NRW traditionell die Funktion der „Standortplanung für Abtragungsvorhaben“. Aufgrund seiner integrierten und überörtlichen Betrachtungsweise und der Möglichkeit, entsprechende allgemein verbindliche Regelungen zu treffen, eignet sich der Regionalplan in besonderem Maße für die vorsorgende und nachhaltige Rohstoffplanung.

Seit Anfang 2017 wird der Regionalplan Köln überarbeitet. Das Thema der Rohstoffplanung ist inhaltlich aus dem Gesamtverfahren herausgelöst und wird in einem eigenständigen Planverfahren zeitlich vorgezogen (für die Bodenschätze Kies/Kiessand, Ton/Schluff und prä-

quartäre Kiese und Sande). Dieser so genannte „Teilplan Nichtenergetische Rohstoffe (Lockergesteine)“ beschreitet in mehrfacher Hinsicht neue Wege. Auf insgesamt fünf Abtragungskonferenzen erfolgte ein intensiver fachlicher Austausch mit Kommunen, Behörden, Verbänden und Unternehmen. Gemeinsam wurde ein innovatives Planungskonzept erarbeitet, das im Rahmen der eher engen rechtlichen Vorgaben ein Höchstmaß an Flexibilität und Mitwirkungsmöglichkeiten bietet.

Der erste Entwurf des Teilplans wird im Januar 2020 veröffentlicht. Voraussichtlich zwischen April und Juni 2020 kann sich jeder zu diesem Planentwurf äußern, Verbesserungsvorschläge unterbreiten, die verwendeten Datengrundlagen prüfen und (letztendlich) Abtragungsbereitschaften melden. Sämtliche Akteure sind herzlich eingeladen, sich zu beteiligen und dadurch die Zukunft unserer Region mitzugestalten – zum Beispiel im Frühjahr 2020 auf der sechsten und siebten Abtragungskonferenz. Die Regionalplanungsbehörde Köln freut sich auf einen ergebnisoffenen fachlichen Austausch.



Heiko Krause, ORBR  
Dezernat 32 Bezirksregierung Köln



Tagebau Hambach

## Der „Kohlekompromiss“ und wie es nun weitergeht

Für Juni 2018 berief mich die Bundesregierung in die Kommission für Wachstum, Strukturwandel und Beschäftigung, um gemeinsam mit Vertretern aus Wissenschaft, Gewerkschaften, Umweltschutzverbänden und Industrie einen Weg für einen früheren Ausstieg aus der Kohleverstromung aufzuzeigen und gleichzeitig in den betroffenen Regionen eine konkrete Perspektive für neue, zukunftssichere Arbeitsplätze und einen geordneten Strukturwandel zu schaffen. Bis Ende Januar 2019 haben wir hart gerungen und am Ende einen nahezu einstimmig beschlossenen Abschlussbericht mit konkreten Empfehlungen vorgelegt. Dieser Bericht ist ein historischer Meilenstein und das Ergebnis einer ausgewogenen Abwägung der verschiedenen Interessen. Die empfohlenen Maßnahmen stellen sicher, dass Deutschland unter Berücksichtigung der Versorgungssicherheit und Wirtschaftlichkeit seine Klimaziele erreichen wird.

Damit die Reduzierung und Beendigung der Kohleverstromung auch global Sinn macht, legen wir größten Wert auf eine entsprechende Löschung von CO<sup>2</sup>-Zertifikaten. Nur so wird gewährleistet, dass es zu einer realen Verringerung der Treibhausgasemissionen kommt. Auf diesen Aspekt müssen wir bei der Gesetzgebung zwingend achten. Mit Blick auf das Rheinische Revier berücksichtigen die Kommissionsvorschläge, dass der industrielle Einsatz von Energie – oft auch als Beginn von langen Wertschöpfungsketten – eine große Bedeutung hat und Wohlstand sowie Beschäftigung in besonderem Maße von einer wettbewerbsfähigen Ener-

gieversorgung abhängen. Zur Bewältigung der Transformationsprozesse stehen den Kohleregionen bis 2038 Strukturhilfen mit einem Gesamtvolumen von bis zu 40 Mrd. Euro zur Verfügung. Hiervon entfallen 37 Prozent (bis zu 14,8 Mrd. Euro) auf das Rheinische Revier. Auf der Grundlage des Abschlussberichtes hat die Bundesregierung zwei Gesetzentwürfe erarbeitet, deren Beschlüsse allerdings noch ausstehen. Trotz der sich abzeichnenden Verzögerungen und weiterhin bestehender Planungsunsicherheit, werden

### EINE AUFBRUCHSTIMMUNG IN DER REGION

in der Region aber selbst erhebliche Fortschritte im Hinblick auf die zu erfolgende Operationalisierung gemacht. Parallel zu den Entwicklungen auf Bundesebene arbeiten die regionalen Akteure unter dem Dach der Zukunftsagentur Rheinisches Revier unermüdlich an einer Vision für unseren Raum. Leitgedanke für die aus der Region beteiligungsorientiert zu erarbeitende Regionalentwicklungsstrategie ist eine stärkenorientierte Förderung von Wachstumsfeldern, um eine dauerhaft selbst tragende Entwicklung zu ermöglichen. Im Dezember 2019 wird der erste Entwurf eines Wirtschafts- und Strukturprogramms beschlossen und anschließend in einem breit angelegten Konsultationsverfahren weiterentwickelt.

Der für 2020 vorgesehene Beginn der Strukturförderung wird eine Aufbruchsstimmung in der Region erzeugen, die Bürgerinnen und

Bürger im Strukturwandelprozess mitnehmen und die Sichtbarkeit der Entwicklungen im Rheinischen Revier erhöhen. Nicht nur, aber insbesondere in den Fragen der Regionalplanung wird dem Regionalrat dabei auch weiterhin eine verantwortungsvolle Rolle zukommen. Für Ihre Unterstützung bin ich Ihnen daher sehr dankbar und freue mich auf die Fortsetzung unserer vertrauensvollen und konstruktiven Zusammenarbeit.



Michael Kreuzberg  
Landrat des Rhein-Erft-Kreises

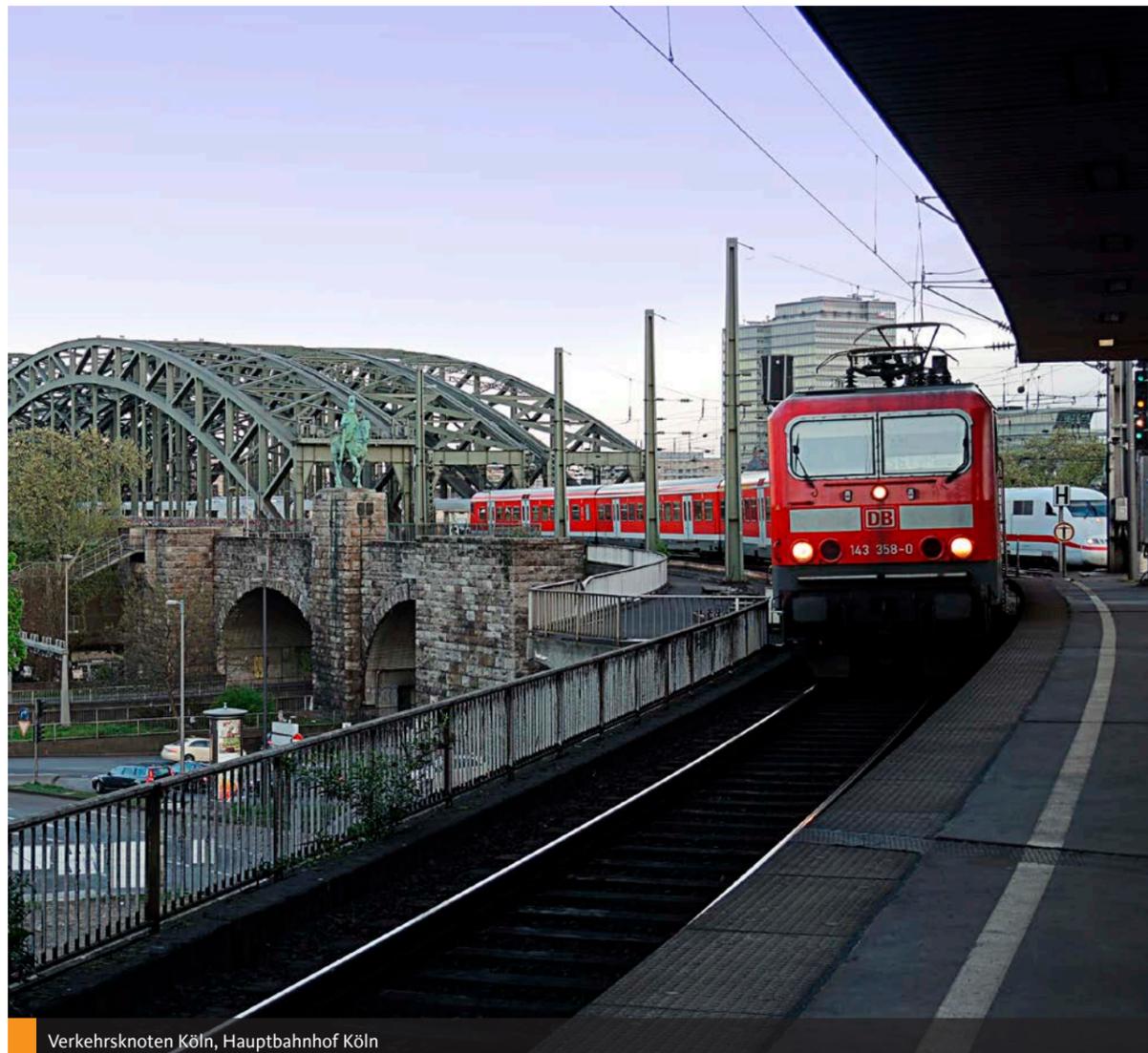
## Verkehrs- und Mobilitätswende in aller Munde

### Große Baumaßnahmen und Planungen für die Region im Regierungsbezirk

In diesen Tagen erleben wir, dass die Freiheit, sich in kurzer Zeit und mit größtmöglichem Komfort von einem Ort zum anderen zu bewegen, nicht mehr selbstverständlich ist. Marode Brücken, Baustellen, verspätete,

ausgefallene oder überfüllte Züge verleiden vielfach das Reisen. Auch die Fortbewegung per Fahrrad leidet unter schlechter Infrastruktur. Verstopfte Innenstädte und knappe Parkplätze, aber auch zahlreiche Beeinträchtigungen im überregionalen Verkehr fördern das Nachdenken über neue Konzeptionen. Die Mobilitätswende ist in aller Munde.

Die Regierung Laschet hat mit umfangreichen Maßnahmen in zweieinhalb Jahren Regierungszeit bisher dafür gesorgt, dass sich der schlechte Zustand von Straße, Schiene und Fahrradwegen schleunigst ändert. Für die CDU ist klar, dass vor einer „Mobilitätswende“ zunächst neue Angebote realisiert werden müssen, bevor mit Verboten gearbeitet wird.



Verkehrsknoten Köln, Hauptbahnhof Köln

Wenn Busse und Bahnen häufiger und zuverlässiger als zur Zeit fahren, wenn Radwege verkehrssicher und „schlaglochfrei“ sind und mein Fahrrad am Bahnhof in einer Abstellanlage sicher untergestellt werden kann, dann wird auch eine Wende zu anderer Mobilität Akzeptanz finden. Damit dies gelingt, unterstützt die CDU-Fraktion im Regionalrat Köln zahlreiche Projekte und Fördermaßnahmen wie den Ausbau des Bahnknotens Köln. So sollen hier beispielsweise der Ausbau der S 11 und des Kölner Hauptbahnhofs weiter vorangetrieben werden. Vor 450 Vertretern der kommunalen Gebietskörperschaften, aus Wirtschaft und Politik haben im Congress-Centrum Nord der Kölnmesse dazu am 11. Februar 2019 NRW-Verkehrsminister Hendrik Wüst, DB-Infrastrukturvorstand, Ronald Pofalla, NVR-Verbandsvorsteher Stephan Santelmann sowie NVR-Geschäftsführer Dr. Norbert Reinkober während der 3. Kölner Bahnknoten-Konferenz entsprechende Planungsvereinbarungen für Projekte im Wert von 100 Millionen Euro unterzeichnet.

Auch beim Thema „Rheinspange 553“ haben der Regionalrat Köln und die CDU-Fraktion eine klare Meinung gehabt. So beschloss das Regionalparlament in seiner letzten Sitzung des Jahres 2018 das Bauprojekt im weiteren Verfahren für die Bereiche der Straße und Schiene gemeinsam zu betrachten und zu planen. Hintergrund waren und sind konkrete Überlegungen, die zukünftige Rheinquerung auch für den Schienen-, Rad

und Personenverkehr zu nutzen. Der Ballungsraum Köln-Bonn ist durch ein hohes Verkehrsaufkommen geprägt. Er unterliegt als Teil der Metropolregion Rheinland damit seit Jahren auch einem deutlichen Verkehrswachstum. Wer in Stoßzeiten den Rhein in diesem Gebiet überqueren möchte, muss häufig mit Staus und Verzögerungen rechnen. Die Rheinbrücken der A4 im Norden sowie der A565 im Süden sind stark belastet. Der Bundesverkehrswegeplan 2030 stuft die Herstellung einer neuen Autobahnquerspange (A553)

KÖLN-BONN IST DURCH EIN HOHES VERKEHRS-AUFKOMMEN GEPRÄGT

zwischen der A59 und der A555 mit einer Rheinquerung deshalb bereits in den „Vordringlichen Bedarf“ ein. Der Regionalrat wollte mit dem Beschluss erreichen, dass nicht nur eine Entlastung der Autobahnen in unserer Region erreicht wird, sondern nach Möglichkeit auch das überfüllte Schienennetz entzerrt werden kann. Am 10. November 2016 hat die Bezirksregierung Köln den Planfeststellungsbeschluss für den Neubau eines weiteren großen Projektes in unserem Regierungsbezirk erlassen – der Leverkusener Rheinbrücke. Somit konnte Straßen.NRW mit den Bauvorbereitungen starten, um die alte Brücke so schnell wie möglich durch einen Neubau zu ersetzen. Mit zwei Fahrspuren plus Standstreifen war die Leverkusener Rheinbrücke in den 1960er-Jahren ein zukunftsweisendes Stück Infrastruktur. Einst konzi-

piert für 40.000 Kraftfahrzeuge pro Tag, hat die Brücke heute mit über 120.000 Fahrzeugen täglich – darunter 14.000 Lkw – ihre Belastungsgrenzen erreicht. Seit 2012 attestieren Fachleute der Brücke bereits einen „kritischen Bauwerkzustand“. Nach heutigem Stand sollen der erste Bauabschnitt der neuen Brücke im Jahr 2021 und der zweite Teil 2025 fertiggestellt werden.



Paul Hebbel  
Vorsitzender der Verkehrskommission  
im Regionalrat Köln

# Agglomerationskonzept Region Köln/Bonn – Entwicklungsperspektiven für eine Region in Balance

Agglomerationskonzept Region Köln/Bonn – Entwicklungsperspektiven für eine Region in Balance

Die Region Köln/Bonn sieht sich aktuell und in den nächsten zwei Jahrzehnten vielfältigen Herausforderungen ihrer räumlichen Entwicklung gegenübergestellt (demographische Entwicklung, Knappheit an Entwicklungsflächen, Mobilitätsprobleme, Energiewende und Klimawandel, Daseinsvorsorge u.a.m.). Die daraus hervorgehenden, auf engem Raum zusammenkommenen Nutzungsansprüche stehen in Wechselwirkung und zum Teil in Konkurrenz zueinander. Lösungen zur Bewältigung der Entwicklungsaufgaben sind zunehmend in einem überlokalen, regionalen Maßstab und in Form integrierter Entwicklungskonzepte zu suchen. Hierüber lassen sich für die Zukunft Gestaltungs- und Entwicklungsspielräume der Kommunen und Teilräume der Region und damit für die Region als Ganzes sichern. Der LEP NRW und die Regionalpläne von Düsseldorf und Köln werden den Rahmen für die räumliche Entwicklung der Region in den kommenden zwei Jahrzehnten definieren. Für die Region Köln/Bonn mit ihren Kommunen, Kreisen und raumgestaltenden Akteuren besteht die Möglichkeit, sich mit eigenen Konzepten pro-aktiv in die formellen Planungsprozesse einzubringen.

Vor diesem Hintergrund formuliert das Agglomerationskonzept Perspektiven für eine raumverträgliche und integrierte Siedlungs-, Mobilitäts- und Freiraumentwicklung in der Region im Zeithorizont 2040. Das Konzept wurde in einem ko-

operativen Dialog- und Planungsprozess in den vergangenen drei Jahren unter intensiver Beteiligung regionaler Fachakteure, u.a. der Regionalplanungsbehörden Köln und Düsseldorf, sowie mit Unterstützung mehrerer interdisziplinärer Planungsteams und externer Fachexperten entwickelt. Das Strukturkonzept 2040+ zeigt auf, wie eine zwischen den Teilräumen der Region und konkurrierenden Nutzungsansprüchen ausbalancierte räumliche Entwicklung der Region gestaltet werden kann. Hinterlegt ist das Strukturbild mit dezidierten Zielsetzungen und Entwicklungsprinzipien und Teilstrategien zu den Themen ‚Siedlungsentwicklung‘, ‚Wirtschaft‘, ‚Freiraum/Landschaft‘, ‚Umweltverbund‘, ‚Motorisierter Individualverkehr und Wirtschaftsverkehr‘ sowie ‚polyzentrische Entwicklung‘.

Die Inhalte und Ergebnisse des Gesamtprojektes werden bis Ende 2019 ausführlich aufbereitet, der Region und allen Interessierten zur weiteren Arbeit und Diskussion zur Verfügung gestellt und als strategisches informelles Entwicklungskonzept und pro-aktiver Fachbeitrag der Region in die Regionalplanung eingebracht. Ab Anfang 2020 startet zugleich die Diskussion des Konzeptes vor Ort in den Teilräumen, Kommunen und Fachinstitutionen der Region.

Das Agglomerationskonzept bildet die konzeptionelle Grundlage für das sich anschließende Agglomerationsprogramm, welches als räumliche Entwicklungsstrategie mit einem integrierten Ansatz die regionalen Dachkonzepte ‚Agglomerationskonzept‘ und ‚Klimawandelvorsorgestrategie‘ ab Frühjahr 2020 in

Form von regionalbedeutsamen Kooperationen und Schlüsselprojekten operationalisiert.

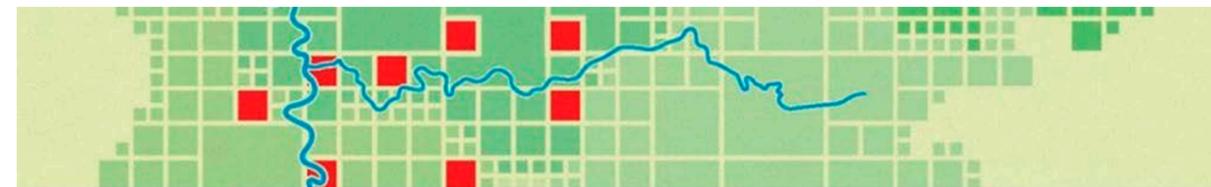
Der Region Köln/Bonn e.V. war stellvertretend für die Region Träger des Prozesses zum Agglomerationskonzept und wird auch die Entwicklung des Agglomerationsprogramms koordinieren.

Das Projekt Agglomerationskonzept wird mit Mitteln der EU und des Landes Nordrhein-Westfalen, vertreten über das Ministerium für Wirtschaft, Innovation, Digitalisierung und Energie, im Rahmen des Europäischen Fonds für Regionale Entwicklung 2014-2020 (EFRE 2014-2020) gefördert.

[www.agglomerationskonzept.de](http://www.agglomerationskonzept.de)  
[www.klimawandelvorsorge.de](http://www.klimawandelvorsorge.de)



Dr. Reimar Molitor  
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied  
Region Köln/Bonn e.V.



## LEP NRW. Landesentwicklungsplan Nordrhein-Westfalen.



# Neuer Landesentwicklungsplan mit großen Chancen für das Rheinland

Vertrauen in die Entscheidungen vor Ort wieder herstellen – das ist der Tenor des neuen Landesentwicklungsplans, dem der Landtag am 12.7.2019 seine Zustimmung erteilt hat. Knapp zwei Jahre nach dem Regierungswechsel sind aus Sicht des Regionalrates zahlreiche Fesseln gelöst, die allzu oft die Entwicklung der Kommunen und die Entscheidungen der Regionalräte behinderten. An erster Stelle der Verbesserungen steht die bedarfsgerechte Bauflächenentwicklung. So können wir nun besser auf die steigende Bevölkerungsprognose reagieren und den Bedarf an Wohnbauflächen und Gewerbegebieten schneller und rechtsicher bereitstellen.

Im ländlichen Raum dürfen sich jetzt auch wieder Ortsteile mit weniger als 2.000 Einwohnern maßvoll vergrößern. Dies dient der Stabilisierung der lokalen Infrastruktur und ermöglicht ortsansässigen Gewerbebetrieben sich zu vergrößern.

Die starren Vorgaben zur Bereitstellung von Flächen für die Windenergie für die Regionalplanung – im Regierungsbezirk Köln immerhin 14.500 ha – wurden ersatzlos gestrichen. Welche Wirkung die zur Akzeptanzerhöhung neu eingeführte 1.500 m-Abstandsregel von Windrädern zu Wohngebieten haben wird,

wird man erst denn beurteilen können, wenn Klarheit über die von der Bundesregierung vorgesehene, konkurrierende Regel mit 1.000 m Mindestabstand herrscht.

Aus Sicht der CDU ist wichtig, dass der Vorrang der landwirtschaftlichen Nutzung vor Freiflächenphotovoltaikanlagen erhalten bleibt. Solange in NRW noch mehr als 90 % der geeigneten Dachflächen ungenutzt brachliegen, darf man nicht in wertvolle landwirtschaftliche Böden eingreifen.

Die Ansiedlung industrieller Großvorhaben haben wir auf eine nach internationalen Maßstäben attraktive Größe um 30 auf 50 ha abgesenkt. Das betrifft im Regierungsbezirk Köln die Flächen in Euskirchen/Weilerswist und in Geilenkirchen-Lindern.

25 Jahre Planungssicherheit für die Gewinnung von nichtenergetischen Rohstoffen stellen die Versorgung mit Kies und Sand für den Bauboom in Nordrhein-Westfalen sicher. Im Gegenzug sind die Potentiale der Standorte auszuschöpfen, bevor Neuaufschlüsse zusätzliche Landschaft verbrauchen. Auch wenn der in der Praxis unwirksame sog. 5 ha – Grundsatz gestrichen wurde, ist der LEP keineswegs ein Freibrief für eine

ungehemmte Inanspruchnahme des Freiraums. Der Vorrang der Innenentwicklung vor der Inanspruchnahme landwirtschaftlicher Nutzflächen gilt nach wie vor. Bei der sparsamen und intelligenten Flächenpolitik ist zukünftig vor allem unsere Kreativität als Kommunal- und Regionalpolitiker gefordert.

Nach unserer Beobachtung hat sich auch die Beratungs- und Genehmigungspraxis der Aufsichtsbehörden zum Positiven verändert. Ermöglichen statt Verhindern ist jetzt durchweg die Einstellung. Auch hier macht sich das Lösen von Fesseln zum Positiven bemerkbar.



Rainer Deppe MdL  
Vorsitzender des Regionalrates Köln



**CDU** REGIONALRAT  
KÖLN



## IMPRESSUM

Herausgeber: CDU-Fraktion im Regionalrat Köln  
Anschrift: Zeughausstraße 2-10  
50667 Köln  
Tel.: 0221 139 54 46  
Fax: 0221 139 54 51  
E-Mail: [info@cdu-regionalrat-koeln.de](mailto:info@cdu-regionalrat-koeln.de)  
Vorsitzender: Stefan Götz  
Gesamtleitung: Fraktionsgeschäftsführer Benjamin Schmidt  
Fotos: CDU-Fraktion im Regionalrat Köln,  
Bezirksregierung Köln, Pixelio  
Konzept/Layout: POLIVOX Werbeagentur

[www.cdu-regionalrat-koeln.de](http://www.cdu-regionalrat-koeln.de)